

07.07.2019

## **BBB: Bis zur letzten Minute für Vernunft gekämpft**

Bruchköbel.- Mit einer Petition im Internet und Unterschriftenlisten hat der Bruchköbeler BürgerBund (BBB) buchstäblich bis zur letzten Minute versucht, die Stadtverordneten zurück zur Vernunft zu bringen, wie der BBB-Vorsitzende Harald Hormel mitteilt. Als sich etwa 10 Tage vor der entscheidenden Stadtverordnetensitzung vom 25.06.2019 abzeichnete, dass für das zu groß geplante Rathaus mit Tiefgarage plötzlich eine Mehrheit zustande kommen könnte, hat der BBB gehandelt. Mit einer Online-Petition und mit Unterschriften haben sich in etwa 7 Tagen rund 340 Bürgerinnen und Bürger für den Wegfall der teuren Tiefgarage und die Verkleinerung des Rathauses ausgesprochen. „Als wir bemerkten,“ so BBB-Fraktionsvorsitzender Alexander Rabold, „dass sogar alle die Stadtverordneten von CDU, Grünen und SPD umfallen würden, die im Vorfeld zum Teil sogar öffentlich Kritik an den Kosten des Projekts geäußert und Nachbesserungen gefordert hatten, haben wir noch versucht, die Bürgerinnen und Bürger zu mobilisieren. Uns ist dabei dann eine ganz große Welle der Zustimmung entgegengebracht worden. Leider war die Zeit zu kurz.“ Die Unterzeichnungen der Petition wurden dem Stadtverordnetenvorsteher Rötzer bei Aufruf der Beschlussvorlage zur Auftragsvergabe am 25.06.2019 übergeben. Auch dieses Votum von Bürgerinnen und Bürger hat die Fraktionen von CDU/SPD und Grünen nicht umgestimmt oder zum Nachdenken gebracht. Eine Stadtverordnete der SPD hat sich enthalten. Das war nicht genug. Am Ende haben nur die Fraktionen von BBB und FDP die Auftragserteilung zum Bau abgelehnt. „Uns ist trotz Nachfrage nicht einmal das konkurrierende Angebot der anderen Firma mitgeteilt worden und wir haben auch nicht erfahren, wie der Vertrag, der mit der Baufirma nun geschlossen wird, inhaltlich aussieht. Das Verfahren war schon deshalb undurchsichtig“, so BBB-Vorsitzender Harald Hormel. „Im Übrigen bedanke ich mich für den BBB bei allen Bürgerinnen und Bürgern, die sich bis zur letzten Minute für das Wohl unserer Stadt engagiert und die Petition unterzeichnet haben. CDU, SPD und Grüne wären besser beraten gewesen, wenn sie auf diese Bürgerinnen und Bürger und die sachliche Kritik gehört und reagiert hätten.“